

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Februar 1959

Seite:

A. <u>Innere Entwicklung</u>	1
I. <u>Politische Ereignisse</u>	1
1) Vor dem Parteitag	1
2) Parteiprobleme	9
3) Sozialistischer Jugendverband	10
4) Peitschenhiebe auf die Organe der Justiz	11
II. <u>Wirtschaft</u>	13
1) Haushaltsplandebatte vor dem Parlament	13
2) Bericht über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1958	14
3) Lohnkurve 1955 bis 1958	19
III. <u>Kulturelle und soziale Probleme</u>	
1) Was halten die Menschen vom Sparen?	20
2) Rentenprobleme	21
3) Kulturgefälle	22
B. <u>Polen und das Ausland</u>	24
1) Polnisches Parteiorgan nach dem XXI. Parteitag in Moskau	24
2) Perspektiven des Handels zwischen Polen und der Bundesrepublik	24

- - - - -

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Vor dem Parteitag

Zur Vorbereitung des Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in Warschau fand seit mehreren Monaten in den Betriebs- und Parteiorganisationen eine Diskussion statt, die sich aber hauptsächlich auf wirtschaftliche Probleme beschränkte. Die Richtlinien des kommenden Fünfjahresplanes, die Produktionsaufgaben der einzelnen Betriebe für die nächsten sieben Jahre standen im Vordergrund. Eine Reihe von Produktionsverpflichtungen zur "Ehrung des Parteitages" usw. wurde beschlossen. Politische, ideologische und kulturelle Fragen wurden bis Mitte Februar bei diesen Diskussionen überhaupt nicht berührt. Es war offensichtlich, daß man in Warschau erst den Ausgang des XXI. Moskauer Parteitages abwarten wollte, bevor die Richtlinien für den eigenen Gebrauch ergingen.

Nach Beendigung des Moskauer Parteitages war es so weit. In Polen begann man mit Parteikonferenzen auf Wojewodschaftsebene, bei denen die führenden Männer der Partei aus dem Politbüro, dem ZK-Sekretariat usw. zu Worte kamen und den Standpunkt der Parteispitze über die Frage wie die Parteilinie auf dem Kongreß aussehen soll - präzisierten.

Aleksander ZAWADZKI, Politbüromitglied und Vorsitzender des Staatsrates (nominelles Staatsoberhaupt) sprach vor der Wojewodschaftskonferenz in Kattowitz. Die werktätigen Massen Polens - meinte er - betrachten das volksdemokratische System und den sozialistischen Aufbau in Polen als eine unwider-rufliche, historische Errungenschaft. Der III. Parteitag steht unter der Losung "Auf allen Fronten die sozialistische Offensive verstärken". ZAWADZKI sprach über die weitere Stärkung des Volksstaates und eine konsequente weitere Durchführung des sozialistischen Aufbaus. Er bemängelte eine nicht ausreichende ideologische und politische Aktivität in Haltung und Handeln zahlreicher Parteimitglieder. Immer noch beobachte man eine tolerante Haltung gegenüber den Menschen, die gegen die Gesetze, die dem sozialistischen Aufbau dienen, verstoßen. Auch die Justizorgane zeigten eine zu nachlässige Haltung bei der Verfolgung von Wirtschaftsverbrechen. Gegen die Wirtschaftskriminalität werde man in Zukunft schärfer als bisher kämpfen müssen.

Viele Genossen, viele Parteiorganisationen sehen die Situation an der Front des Klassenkampfes völlig falsch. Der Klassenfeind hat indessen nicht überall die Waffen gestreckt.

Besonders stark empfindet man die bisherige Toleranz auf den Gebieten von Kunst und Kultur.

Viele Leute hätten nach dem ersten Rausche erst gemerkt, daß sie auf dem falschen Weg sind. Hätte die Partei die Situation nicht beherrscht, wären sie im Abgrund gelandet. Heute sind viele von ihnen für die Sache des Sozialismus noch zu retten.

Außenminister Adam RAPACKI sprach am 15. Februar vor der Wojewodschaftskonferenz in Grünberg. Er führte aus, daß die Partei dabei sei, konsequent die politische Linie des VIII. Plenums (Oktober 1956) zu realisieren. Sie habe sich vor allem jenen gegenüber durchgesetzt, die eine Veränderung der Methoden befürchteten (gemeint sind die Stalinisten). Vor allem ließ sie sich nicht vom Wege des konsequenten Aufbaus des Sozialismus in Polen abwenden.

Die neue landwirtschaftliche Politik der Partei brachte nicht nur die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Auch das Interesse der Bauern an Investitionen ist geweckt worden. Jedoch - so betonte RAPACKI - erklärte ihnen die Partei als Verbündeter der Bauern immer wieder, daß auf die Dauer eine Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion ohne moderne, kollektive Wirtschaftsmethoden unmöglich ist. Darum wird die Partei die Bildung der Produktionsgenossenschaften unterstützen. Allerdings legt die Partei dabei auf erzwungene Kolchosen keinen Wert. Niemals werde man zu administrativen oder wirtschaftlichen Druckmethoden zurückkehren.

Den Weg der Rechtsstaatlichkeit will man und wird man nicht verlassen. Er bilde die ideologische und politische Kraft des Systems. Die Grundlage dieser Kraft ist die Unterstützung der Arbeiterschaft, der Bauern und des fortschrittlichen Teiles der Intelligenz, die Verbundenheit der Partei mit den Massen. Es komme aber auch vor, daß man zur Stärkung dieser Verbundenheit Gewalt anwenden müsse. Die Massen verlangen beispielsweise ein scharfes Vorgehen gegen die Korruption. Ohne jedes Mitleid werde man das auch tun.

Heutzutage glaube kein politisch denkender Mensch, auch im Westen, an die Möglichkeit einer Revision der Oder-Neiße-Grenze. Manche wollten sie zwar offiziell nicht anerkennen, weil sie es sich mit Westdeutschland nicht verderben wollen. Andere versuchten diese Frage als Gegenstand eines politischen Handels zu betrachten. Zu diesem Handel werde es aber nicht kommen.

Zehn Tage später sprach RAPACKI vor der Breslauer Wojewodschaftskonferenz. Mit Genugtuung sprach er über die "klaren und unmißverständlichen Formulierungen"

CHRUSCHTSCHOWs" auf dem Moskauer Parteitag, vor allem über die Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien und Staaten. RAPACKI stellte fest, daß der wirkliche Stand der Beziehungen zwischen Polen und der SU und zwischen der KPdSU und der PZPR "voll und wörtlich" diesen Formulierungen entspreche.

Zur deutschen Frage meinte der polnische Außenminister, daß die sowjetische Initiative zum Abschluß eines Friedensvertrages in Polen mit "Erleichterung" begrüßt werde. Die Hoffnungen auf eine Revision der Grenze an der Oder-Neiße, in den Sudeten "oder irgendwo anders" bezeichnete er als unreal. Das wisse man auch im Westen gut genug, darüber schreibe man viel in der Presse und man spreche immer lauter davon. Die vernünftigen Politiker in der Bundesrepublik wüßten das auch. Die Westmächte wollten sich aber nicht deutlich deklarieren, weil sie die deutsche Reaktion nicht "demobilisieren" wollen, oder weil sie an einen politischen Kuhhandel denken. Diese Grenze ist aber von der Anerkennung der Westmächte nicht abhängig, weil sie auf die Unterstützung aller vereinigten Kräfte des sozialistischen Lagers rechnen kann. Diese Kräfte wachsen aber und werden immer überlegener.

RAPACKI warnte ausdrücklich vor den aggressiven Kräften in Westdeutschland - nicht etwa deswegen, weil sie militärisch für das "sozialistische" Lager gefährlich werden könnten, sondern weil sie eine Gefahr für den Frieden bedeuten. Wenn sich dieser oder jener westliche Staat weigert, diese Grenze offiziell anzuerkennen, so werde das nichts an der Tatsache ändern können, daß diese Grenze endgültig ist. Diese Weigerung muntert aber die aggressiven westdeutschen Kräfte auf zu einer Politik der Provokation und zum hineinziehen des Westens in den Konflikt.

Eine Lösung der deutschen Frage ist möglich und notwendig, aber auf der Grundlage der Anerkennung der Grenzen, des Verzichts auf die gefährlichen Rüstungen, der Wiedervereinigung auf dem Wege der Annäherung und Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten, auf der Grundlage des Respektierens der Rechte der DDR.

Seinen eigenen Plan der Bildung einer atomfreien Zone bezeichnete RAPACKI als immer noch aktuell und als einen polnischen Beitrag zur Frage der Entspannung in Europa.

Am 16. Februar sprach der polnische Ministerpräsident, Jozef CYRANKIEWICZ in der Wojewodschaftshauptstadt Köslin. Er betonte die Stabilisierung des polnischen Staates und der polnischen Bevölkerung in den Westgebieten. Diese Stabilisierung stützt sich auf die internationale und die innere Lage in Polen. "Die Wiedervereinigung Deutschlands stellt sich Herr Adenauer etwa so vor, daß er in einem günstigen Moment die sogen. 'freien Wahlen' durchführt. Und daß er nach solchen Wahlen plötzlich an unserer Grenze steht und mit uns verhandelt - so wie er das heute nennt - über die 'friedliche Regelung' der Frage unserer Grenze. Aber niemals wird Herr Adenauer diese Grenze erblicken, weil dort unsere Freunde stehen, die Führer des ersten friedlichen deutschen Staates - der DDR. Auch die deutschen Demokraten betrachten bekannterweise diese Grenze als eine Friedensgrenze, und außerdem wird die Arbeiterklasse in der DDR ihren Staat Herrn Adenauer nicht schenken."

Die wachsende Kraft und die Solidarität des "sozialistischen Lagers" ist ein wichtiges Element der Stabilisierung der Verhältnisse in den Westgebieten Polens - so meint der polnische Ministerpräsident. Die fortschreitenden wirtschaftlichen Erfolge in diesen Gebieten, die Liquidation des "Bazillus des Provisorischen", das wachsende Vertrauen in die Festigkeit der Partei- und Regierungslinie seit dem Oktober 1956 bilden weitere Faktoren.

Am 22. Februar sprach CYRANKIEWICZ in seiner Geburtsstadt Krakau vor der dortigen Parteikonferenz. Diesmal galt seine Rede hauptsächlich den Problemen der Intelligenz und der Jugend.

Krakau ist eine Stadt mit der zweitältesten Universität in Mitteleuropa (nach Prag), ein wissenschaftliches Zentrum, in dem die Rolle der Intelligenz traditionell sehr groß ist. Diese Intelligenz war nie kommunistenfreundlich und auch der Oktober 1956 konnte daran im wesentlichen nichts ändern. Die Krakauer Hochschuljugend galt in "Volkspolen" immer als die "reaktionärste". Die Mauer der konservativen Haltung der Bevölkerung Krakaus konnten die Kommunisten in den 14 Jahren ihrer Herrschaft nicht durchbrechen.

Die veröffentlichten Berichte über den Verlauf der Krakauer Parteikonferenz geben nur eine gemilderte Vorstellung über die Schärfe der Auftritte mancher Parteifunktionäre gegen die dortige Intelligenz.

CYRANKIEWICZ sprach von der Notwendigkeit der Bekämpfung der "Neutralitätstendenzen gegenüber dem Sozialismus" oder gar der antisozialistischen Tendenzen

eines Teiles der dortigen Intelligenz. Die Mehrzahl der Intelligenz, vor allem die "technische Intelligenz" wurde durch den Schwung der Industrialisierungspläne Polens mitgerissen und hat eine "patriotische" Haltung eingenommen. Es gab aber auch eine Anzahl "weltfremder, eingebildeter, über Volkspolen beleidigter Intelligenzler". Die bekannten Fehler aus der Vor-Oktoberszeit bildeten die politische Quelle der Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen der Partei und eines Teiles der Intelligenz.

Was die Jugend betrifft, so meint CYRANKIEWICZ, habe die Schwächung der führenden Rolle der Partei Ende 1956 und Anfang 1957 zur Belobung der reaktionären, antisozialistischen oder revisionistischen Gruppen unter der Jugend beigetragen. Die Aktivität dieser Gruppen machte der Partei "viel zu schaffen". Der Druck der ganzen Partei, vor allem der Parteiorganisationen in den Fabriken, muß gegen die Gruppen gerichtet werden, die in ihrer antisozialistischen Haltung verharren. Auf die Haltung der akademischen Jugend muß die Aktivität der Arbeiterjugend, organisiert im Sozialistischen Jugendverband, einen Einfluß gewinnen.

CYRANKIEWICZ sagte weiter, daß diejenigen, die in den Jahren 1956 und 1957 der Partei so viel Schwierigkeiten bereitet haben, stumm werden, wenn die Partei zur ideologischen Offensive übergeht. Wenn es sich um die Jugend handelt, so rät CYRANKIEWICZ zu Nachsicht. Man darf auf niemanden verzichten, der "damals" Fehler oder "Dummheiten" machte. Um die Jugend muß man kämpfen. Die Stärkung der Autorität der Partei bedeutet schon einen halben Sieg in diesem Kampf.

Man werde geeignete Maßnahmen treffen, um die soziale Zusammensetzung der an den Hochschulen Studierenden zu verbessern. Man muß auch einen Kader der Dozenten des Marxismus-Leninismus an den Hochschulen zusammensuchen und ausbilden. Die Vorlesungen dürfen aber nicht - wie in der Vergangenheit - primitiv und langweilig sein, sie müssen die Jugend ansprechen.

Man muß auch um die marxistische Durchdringung der Wissenschaften kämpfen. Die Vorlesungen in den Fächern Philosophie, Soziologie und Volkswirtschaft müßten ausschliesslich im Geiste des Marxismus geführt werden.

Die Rede CYRANKIEWICZs enthielt auch eine scharfe Attacke gegen die Justiz. Man habe fälschlich die Rechtsstaatlichkeit mit dem Liberalismus gegenüber Verbrechern verwechselt. In diesem Zusammenhang sprach CYRANKIEWICZ von einer Reihe von "skandalösen" Gerichtsurteilen.

Stefan JEDRYCHOWSKI, polnischer Planungschef und Politbüromitglied, sprach in der Wojewodschaft Kielce. Er meinte, daß "kein vernünftiger Mensch" daran mehr zweifeln könne, daß die SU die Vereinigten Staaten und andere kapitalistische Staaten im wirtschaftlichen Wettbewerb überholen wird. In diesem Zusammenhang versuchte er Polens Position in diesem Wettrennen zwischen Ost und West zu umreißen. In den nächsten sieben Jahren wird danach die industrielle Produktion Polens um 80 % anwachsen, das bedeutet das gleiche Wachstumstempo wie in der Sowjetunion. In der gleichen Zeit wird sich die landwirtschaftliche Produktion um 33 % erhöhen können, was auf ein viel langsames Tempo als beim großen Nachbarn hindeute.

JEDRYCHOWSKI zog Vergleiche zu anderen westlichen Ländern. So wird nach seiner Ansicht Polen im Jahre 1965 in der Produktion der "wichtigsten industriellen Produkte" pro Kopf der Bevölkerung Italien überholen, das jetzige Niveau Frankreichs erreichen und die Distanz zu Großbritannien und der Bundesrepublik wesentlich verkleinern. Solche Wunschvorstellungen konnte man auch früher in den Reden des damaligen Wirtschaftsdiktators, Hilary MINC, hören. Sie erwiesen sich aber nach dem Oktober 1956 als gründlich widerlegt und lächerlich. Daß MINC'Nachfolger an diese wenig ruhmreichen Traditionen anknüpft, macht sehr bedenklich.

Im übrigen werden von vielen Seiten kritische Stimmen laut, wonach das geplante Tempo der Steigerung der industriellen Produktion in den nächsten sieben Jahren nicht ausreichend sei und nicht Schritt halte mit dem Industrialisierungstempo der CSR und der DDR. In vielen Kreisen wird die Befürchtung ausgesprochen, Polens Position innerhalb des Ostblocks werde dadurch in der weiteren Zukunft empfindlich geschwächt. Schon während des letzten Plenums mußte GOMULKA viele derartige Vorwürfe - allerdings von der stalinistischen Fraktion - hören. Im Organ der "fortschrittlichen Katholiken", die sich um die Organisation "PAX" gruppieren, waren ähnliche Formulierungen zu lesen. Aber auch in Kreisen, die keineswegs stalinistisch verfärbt sind, hört man ähnliche Äußerungen.

Roman ZAMBROWSKI, Mitglied des Politbüros, sprach im Zentrum der polnischen Textilindustrie, Lodz. Die interne Opposition in der Partei ist schon weitgehend geschlagen. Die Revisionisten und Dogmatiker können jetzt nicht mehr laut die Richtigkeit der Parteilinie anzweifeln. Sie haben keine Zuhörerschaft mehr, "ihre Flügel sind gestutzt und ihre Flugversuche ähneln dem Hüpfen eines naßgewordenen Huhnes".

Die Partei müsse bereits vor dem Parteitag als konsolidiert angesehen werden. Vor zwei bis drei Jahren habe es in einem Teil der Parteimassen und auch des Parteiaktives ein Wanken im Glauben an den Sozialismus gegeben. Heute sieht es schon viel anders aus.

Die landwirtschaftliche Politik der Partei könnte man folgendermassen umreißen. Man will die Produktion steigern, aber gleichzeitig auch die Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung auf dem Lande schaffen. Man ist sich aber auch im klaren, daß unter den heutigen Gegebenheiten eine Sozialisierung der Landwirtschaft nicht schnell vor sich gehen kann, sie muß aber schon heute vorbereitet werden.

Witold JAROSINSKI, der ZK-Sekretär und Leiter der Warschauer Parteiorganisation, sprach in der polnischen Hauptstadt. Er sagte, die richtige Linie der Partei siege im Kampf gegen die Opposition vom linken und rechten Flügel. Die Revisionisten seien nicht fähig, ein konstruktives sozialistisches Programm auszuarbeiten. Trotzdem wird dieser, nach Ansicht Witold JAROSINSKIs geschlagene und unschöpferische Revisionismus von ihm als die Hauptgefahr der Partei bezeichnet. In Warschau - so meint er - frönt die alte Intelligenz noch den alten bürgerlich-liberalen Ansichten, die Arbeiterklasse ist dagegen jung und erst vor kurzem geformt worden. Unter diesen Umständen müssen die Parteiorganisationen gegenüber der revisionistischen Gefahr sehr anfällig sein.

Die generelle Parteilinie stütze sich u.a. auch auf die nationalen und historischen Gegebenheiten beim sozialistischen Aufbau in Polen. Das wollten diejenigen nicht begreifen, die gewöhnt waren, alten Vorbildern nachzugehen und nur dazu fähig sind, den "dogmatischen, steinernen Rosenkranz zu beten" und dabei nicht bemerken, daß sie jeden Kontakt mit dem Leben und Empfinden des Volkes verloren haben.

Die Liquidation der ideologischen Verwirrung erfordert eine prinzipielle Haltung gegenüber den falschen und antiparteilichen Ansichten. Diese Ansichten kann man oft bei den Diskussionen in den Parteiorganisationen, Produktionsberatungen und bei privaten Gesprächen hören. Das letzte wird in letzter Zeit immer öfter praktiziert.

Das Festhalten am Grundsatz in den Fragen der Parteipolitik und -ideologie bedeutet nicht, daß man die Kritik und die Diskussion einschränken will. Die Diskussion darf aber die Positionen nicht verlassen, die durch das Parteiprogramm umrissen sind. Die Kritik muß konkret und konstruktiv sein...

Außerhalb der Parteikonferenzen wurde eine Reihe von wichtigen parteipolitischen und ideologischen Fragen dargelegt. So hat während der Diskussion über den Staatshaushaltsplan ein maßgeblicher Mann für die Kulturfragen, Leon KRUCZKOWSKI, darauf hingewiesen, daß die neue Kulturpolitik der Partei zwar die sozialistische Entwicklung der Kultur voraussetzt. Er hat sich für das Engagement der Kulturschaffenden beim sozialistischen Aufbau in Polen ausgesprochen, aber den Kulturschaffenden die Freiheit bei der Wahl der Themen, des Stils oder der künstlerischen Form überlassen.

Nach KRUCZKOWSKI begreift ein Teil der Autoren diese Schaffensfreiheit als Freiheit zur Verbreitung aller, auch reaktionären und antisozialistischen Ansichten und Ideen. Andere wieder sehen ihre Aufgabe nur in Protesten und Auflehnung, ohne sich darüber im klaren zu sein, wie steril und sozial gesehen unnütz solche Einstellung beim schwierigen, aber doch siegreichen Kampf eines neuen Systems ist, das gerechter als der Kapitalismus sein soll. Wieder andere lehnen den Sozialismus zwar nicht ab, beschränken sich aber auf die Bekämpfung der Schattenseiten des sozialistischen Aufbaus und vergessen darüber den Hauptfeind: Die immer noch bedeutenden Kräfte der Rückständigkeit, der politischen, sozialen und kulturellen Reaktion.

Das kulturelle Mäzenatentum des Staates verzichtet nicht darauf, das schöpferische Suchen nach neuen Formen in vernünftigen Grenzen zu unterstützen. Seine Tätigkeit richtet sich aber hauptsächlich auf die Unterstützung solchen Schaffens, das eine breitere soziale Resonanz zu erwarten hat.

Will man nun die Bilanz dieser Diskussion vor dem Parteitag ziehen, so kommt man zu folgenden Schlußfolgerungen: Die Leitung der Partei ist der Meinung, daß die sehr tiefe innere Krise in der Partei, die seit dem XX. Moskauer Parteitag schwelte und nach dem Oktober 1956 aufflammte, jetzt in großen und ganzen als überwunden anzusehen ist. Die Stalinisten betrachtet man nicht als eine wirkliche Gefahr, der Revisionismus als organisierte Kraft (die er kaum jemals war) existiert nicht mehr. Der ideologische "Katzenjammer" aber ist nicht restlos beseitigt. Die Parteileitung sieht in Anbetracht der erreichten internen Stabilisierung getrost dem kommenden Parteitag entgegen.

Das wieder errungene Selbstbewußtsein der Partei erlaubt ihr jetzt, von einer breiten Offensive "an allen Fronten" zu sprechen. Das seit dem Frühjahr 1956 verlorene Gelände soll zurückgewonnen werden. Hierher gehört auch der Kampf um die Intelligenz und vor allen um die Jugend. Präzise Angaben darüber, wie man die Jugend für die Partei gewinnen soll, fehlen allerdings in der Diskussion.

Wenn man überhaupt eine Konzeption in dieser Hinsicht hat, so wird sie sicher vor dem Parteitag präzisiert.

Die jetzige Wirtschaftspolitik, vor allem auf dem Lande, wird fortgesetzt. Die immer öfter hervorgehobene Betonung: Das Endziel ist der Sozialismus auf dem Lande, dürfte auf sehr weite Sicht geplant sein, kann aber dazu beitragen, die Bauern zu beruhigen, was sich wiederum auf die Produktion ungunstig auswirken dürfte.

Viele Ansichten weisen darauf hin, daß eine Versteifung der Kulturpolitik der Partei zu erwarten ist. Auf diesem Gebiete hat sich Polen im Jahre 1956 sehr weit nach vorne gewagt und machte zeitweise den Eindruck einer westlichen Demokratie. Da man unter dem sowjetischen Druck gezwungen ist, die besonderen krassen "Auswüchse", durch die Polen sich so sehr von den übrigen Ostblockstaaten unterscheidet und unterschied, zu liquidieren, ist hier mit weiteren Einschränkungen der Freiheit zu rechnen.

Sehr betont wiederholte man, daß sich Moskau an das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen den sozialistischen Staaten und Parteien nach wie vor halte und sich jeder Einmischung in die polnischen Angelegenheiten enthält. Wenn man das auch zum größten Teil als ein Wunschbild der polnischen Parteileitung betrachten muß, ist die Akzentuierung dieses Gesichtspunktes bezeichnend. Mehrmals sprach man davon, wenn auch sehr vorsichtig, von "nationalen und historischen Gegebenheiten", die eine Basis des sozialistischen Aufbaus bilden. Der Terminus vom "eigenen Weg" zum Sozialismus" wurde in diesem Zusammenhang allerdings nicht mehr gebraucht.

2) Parteiprobleme

Im Rahmen der Diskussion über das neue Parteistatut betonte "Trybuna Ludu" am 15. Februar, daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus " darin eine ausreichende Basis finden müsse. Der Zentralismus bedeutet, daß die ganze Partei und jede ihrer Organisationen aufgrund der Direktiven eines einzigen, leitenden Zentrums arbeitet. Es schliesst das Recht der Lokalgruppen, Beschlüsse über ihre lokalen Angelegenheiten anzunehmen, nicht aus. Das betrifft auch die Initiative der örtlichen Organisationen, die Verschiedenheit der Wege und Methoden bei der Realisierung der Parteilinie entsprechend der

Lokalen Gegebenheiten.

Das Prinzip der innerparteilichen Demokratie solle auf der Grundlage der Kollegialität erreicht werden. Die entsprechenden Bestimmungen des bisherigen Parteistatuts sind in den vergangenen Jahren umgangen worden. Es komme darauf an, sie im neuen Parteistatut so zu verankern, daß dies in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, heisst es.

Am 17. Februar bringt das Parteiblatt einen Diskussionsbeitrag über den Modus zur Berufung der Kontrollkommission der Partei. In diesem Beitrag wird verlangt, daß alle Mitglieder dieser Kommissionen - gleich anderen Parteinstanzen - in Zukunft gewählt und nicht nominiert werden sollen.

3) Sozialistischer Jugendverband

Der Sozialistische Jugendverband zählt zurzeit 223.700 Mitglieder. Der zahlenmäßig stärkste Wojewodschaftsverband ist nach wie vor Kattowitz mit über 45.000 Mitgliedern. Es folgen Breslau mit 18.800, Krakau mit 16.500, Posen mit 14.600, Rzeszow mit 12.300, Lublin mit 10.300, die Stadt und Wojewodschaft Iodz mit 22.000, die Stadt Warschau mit 10.500 und die Wojewodschaft Warschau mit 7.500 Mitgliedern.

Die soziale Zusammensetzung des SJV ist folgende: 126.000 Industriearbeiter, 5.500 Landarbeiter (landwirtschaftliche Staatsgüter), 43.200 Angestellte usw., 44.950 Schüler und 3.200 Studenten.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder zeugt von einer Verjüngung des SJV; den Hauptanteil stellen die Mitglieder im Alter von 17 bis 20 Jahren (118.938).

Mit nicht vollständiger Grundschulausbildung gehören dem SJV über 14.500 Mitglieder an, mit Grundschulausbildung 85.200, mit nicht vollständiger mittlerer Schulausbildung 74.300, mit mittlerer Bildung 42.000, mit nicht vollständiger Hochschulbildung 5.100 und mit abgeschlossener Hochschulbildung 2.505 Mitglieder. Die Verbandsmitglieder sind zu 10.223 Arbeitsgruppen, den organisatorischen Grundzellen des SJV zusammengefasst.

Auffallend sind die niedrigen Zahlen der Verbandsmitglieder unter den Studenten (die Gesamtzahl der Studenten beträgt ca. 120.000 von denen also nur ca. 3 % den SJV angehören. Interessant ist die niedrige Mitgliederzahl in Warschau.

4) Angriffe gegen die Justiz

Mehrere Mitglieder der Parteileitung haben während der Diskussion vor dem Parteitag eine unerwartet scharfe Kritik an den Justizorganen wegen ihrer Lässigkeit, und Toleranz bei der Bekämpfung der immer noch sehr zahlreichen Wirtschaftsdelikte geübt. Am 19. Februar veröffentlichte die polnische Presse die "Feststellungen des Staatsrates (kollektives Staatsoberhaupt) über die Aufgaben der Staatsanwaltschaft".

Diese Feststellungen beziehen sich aber keineswegs lediglich auf die Organe der Staatsanwaltschaft, sondern auch auf die Tätigkeit der Polizei und der Gerichte.

Im einzelnen heißt es in der Erklärung des Staatsrates:

Das verflossene Jahr, das eine Periode der weiteren politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung war, brachte ein gewisses Abflauen der Woge Wirtschaftsvergehen mit sich, die 1957 noch eine wachsende Tendenz zeigten. Derartige Vergehen gehören jedoch nach wie vor zum Alltag. Aus diesem Grunde ist es notwendig, die Anstrengungen zu verstärken und die Zusammenarbeit der Kontrollogane, der Bürgermiliz und der Staatsanwaltschaft enger zu gestalten, damit Vergehen rascher aufgedeckt, Ermittlungen und Untersuchungen energischer durchgeführt, in Bezug auf Wirtschaftsbetrüger, korrupte Elemente und Defraudanten rigorosere vorläufige Festnahmen angewendet und die Vermögensverhältnisse der Gesetzesbrecher eindeutig klargestellt werden, um die Schadenersatzansprüche des Staates sicherzustellen. Es ist unumgänglich, in der Urteilsprechung die Fälle von ungerechtfertigter Nachsicht Personen gegenüber auszumerzen, die sich größerer Wirtschaftsverbrechen schuldig gemacht haben.

Man spricht in den Feststellungen des Staatsrates in diesem Zusammenhang von einer unverständlichen, mit dem Rechtsempfinden der Bevölkerung nicht zu vereinbarenden liberalen Haltung "mancher Richter".

Die Bekämpfung des Rowdytums und anderer Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung hat gewisse Erfolge gezeitigt. Dazu haben sowohl das energische Durchgreifen der Bürgermilizorgane als auch die Praxis der zeitweiligen Festnahme von Rowdies und ihre strengere Behandlung durch die Gerichte beigetragen.

Die im Stadtgebiet von Warschau und Breslau, sowie in sieben Städten der Wojewodschaft Warschau eingeführten beschleunigten Strafverfahren gegen Personen, die sich rowdyhafter Ausschreitungen schuldig machten, haben positive Ergebnisse gebracht. Nachdem nunmehr die erforderlichen Erfahrungen gesammelt wurden, bliebe zu erwägen, ob beschleunigte Strafverfahren nicht auch in anderen Orten eingeführt werden könnten, in denen eine Zunahme rowdyhafter Ausschreitungen zu beobachten ist.

Urteile, die der sozialen Schädlichkeit der Straftat nicht entsprechen und das Resultat einer lässigen Einstellung der Gerichte gegenüber den Schuldigen sind, müssen angefochten werden, weil das die "Rechtsstaatlichkeit und die Interessen des Staates verlangen."

II. Wirtschaft

1) Haushalt vor dem Parlament

Am 6. Februar begann der Sejm mit der Generaldebatte über die Staatshaushaltsvorlage für das Jahr 1959. Der Hauptreferent führte unter anderem folgendes aus:

"Will man eine Charakteristik der Ergebnisse der abgelaufenen drei Jahre des jetzigen Fünfjahrplanes geben, dann muß vor allem gesagt werden, daß die Zunahme der Produktion und des Verbrauchs rascher als geplant war, zum Teil auf Kosten des Wachstumstempos der Investitionen erreicht wurde, von denen ja bekanntlich die Zuwachsrates der Produktion in den folgenden Jahren abhängen wird. Unter diesen Umständen ist eine Verstärkung der Investitionstätigkeit nicht nur deshalb unangänglich, weil die Aufgabenstellung des gegenwärtigen Jahrfünfts erfüllt werden müssen, sondern auch weil der Volkswirtschaft eine geeignete Ausgangsbasis für die Erreichung der Zielsetzungen des nächsten Fünfjahrplanes für den Zeitraum 1961 bis 1965 gesichert werden muß.

1959 veranschlagen wir für Investitionen einen größeren Teil des Nationaleinkommens als in den Jahren davor. Die Nettoinvestitionen 1959 werden 16,9 % des Nationaleinkommens ausmachen, gegenüber 15,5 % 1958.

Verstärkte Investitionsanstrengungen werden 1959 in erster Linie der Industrie gelten, für die die Investmittels gegenüber 1958 um 16,7 % heraufgesetzt werden. Ihr Anteil an den Gesamtaufwendungen erhöht sich damit von 37,9 % auf 39,5 %. Es folgen die Ausgaben für soziale und kulturelle Einrichtungen (hauptsächlich in Verbindung mit dem Schulbauprogramm), die um 19,7 % wachsen. Für den in den Vorjahren zu kurz gekommenen Transport erhöhen sich die Mittel um 10 %. Trotz des hohen Investitionsstandes in der Landwirtschaft 1958 wachsen die dafür vorgesehenen Mittel 1959 um 7,2 %. In der Industrie wird der überwiegende Teil der Mittel in die Schwerindustrie fließen, namentlich in die Eisen- und Nichteisenmetallurgie, sowie in die Brennstoffindustrie, deren unbefriedigende Entwicklungsdynamik ein Hemmschuh für den Aufschwung unserer Wirtschaft in den letzten Jahren war. Die Investaufwendungen in der Schwerindustrie werden mit 11 % über denen des Vorjahres liegen. Bedeutend heraufgesetzt werden Investitionsmittel in der Verbrauchsgüterindustrie. So wachsen die Investlimits in der Leichtindustrie, hauptsächlich im Zusammenhang mit einer Auswechslung des Maschinenparks, um 37 Prozent im Vergleich zu 1958 und die Investmittels für die Nahrungsmittelindustrie um 23 %".

"Der Plan sieht vor, daß der Anteil des Beschäftigungszuwachses an der Steigerung der industriellen Produktion nur knapp ein Viertel, der der Arbeitsproduktivität hingegen etwa mehr als Dreiviertel betragen wird. Somit wird der Kampf um eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zum Hauptproblem von dem die Erfüllung der Produktionsaufgaben abhängt. Charakteristisch für den Plan 1959 ist nicht nur die veranschlagte Erhöhung der Investitionsaufwendungen, sondern auch eine raschere Erhöhung des Verbrauchs und des Anteils des individuellen Verbrauchs am Nationaleinkommen. Bei einer allgemeinen Zuwachsrate des Nationaleinkommens von 6 % gegenüber von 1958 wird sich der individuelle Verbrauch um 7,2 % erhöhen. Es ist vorgesehen, daß der Lohnfond der gesamten Volkswirtschaft von 132,5 Milliarden Zloty 1958 auf 141,2 Milliarden Zloty 1959, d.h. um 6,5 % ansteigen wird. Die Ausgaben für Renten und Pensionen erhöhen sich 1959 gegenüber dem Vorjahr um 29,2%

Nach den endgültig festgelegten Zahlen belaufen sich die Haushaltseinnahmen nunmehr auf 186 561 758 000 Zloty, und die Ausgaben auf 182 670 205 Zloty. Der diesjährige Haushaltsplan schliesst mit einem Einnahmenüberschuß von 3 891 533 000 Zloty.

Kennzeichnend für den Haushaltsplan 1959 ist eine beträchtliche Erhöhung der Mittel für Volksbildung, Kultur, Gesundheitswesen und Sozialleistungen (Sozialversicherung). Die Mittel für soziale und kulturelle Leistungen erhöhen sich um 5,5 Milliarden Zloty, d.h. um 11,7 % im Vergleich zu 1958. Ihr Anteil am Gesamtbudget wächst von 28,4 % 1958 auf 29,4 % 1959.

Der Haushaltsplan 1959 sieht weitere Einsparungen in den Verwaltungsausgaben vor, insbesondere durch Reduzierung des Personalbestandes. Der Anteil der Verwaltungsausgaben an den Gesamtausgaben des Haushaltes verringert sich von 3,6 % im Haushaltsjahr 1958 auf 3,3 % 1959.

2) Berichte über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1958

Am 9. Februar veröffentlichte die Presse einen Bericht des statistischen Hauptamtes über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1958. Das erzielte Nationaleinkommen beträgt 325 Milliarden Zloty und liegt um 5,6 % höher als das Einkommen 1957 (gerechnet in vergleichbaren Preisen). Der Anteil der sozialistischen Wirtschaft an der Herstellung des Nationaleinkommens betrug 69 %.

Industrie: Die globale Produktion der Industrie erreichte um 3 % mehr, als der Plan vorah, und war um 9,5 % höher als im Vorjahre. Bemerkenswert war, daß die Produktion der Produktionsmittel nur um 8,8 % wuchs, wogegen die Produktion der Konsumtionsgüter schneller wuchs (10,2 %). Obwohl die Gesamtproduktion der Industrie über die Planziele hinausragte, erfüllte man in einer Reihe wichtiger Erzeugnisse und Rohstoffe nicht die geplanten Mengen. Dies ist aus der beigefügten Tabelle ersichtlich:

Erzeugnis	Maßeinheit	Produktion 1958	% der Plan- erfüllung	Index 1957 = 100
Elektrische Energie	Mill. KWh	23946	104,1	113,2
Steinkohle	Mill. to	95	101,6	100,9
Braunkohle	" "	7,5	98,6	126,6
Koks	" "	11,1	100,5	102,2
Rohstahl	" "	5,6	100,6	106,2
Zink	Tsd. Tonnen	163	101,0	102,4
Elektromotoren	Tsd. Stück	587	95,3	143,2
Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Metallen	Tausend St.	21	99,1	106,2
Landwirtsch. Maschinen u. Geräte (in vergleich- baren Zahlen)	Mill. Zloty	1338	105,2	97,2
Traktoren	Stück	4430	80,5	64,6
Dampflokotiven	Stück	68	61,8	30,8
Personenwaggons	Stück	597	99,5	103,8
Güterwaggons	Stück	9776	81,5	81,9
PKW	Stück	11507	96,2	144,7
LKW	Stück	10233	96,7	101,3
Seeschiffe (über 100 DWT)	1000 DWT	175	95,9	118,6
Motorräder, Motorroller	Tsd. Stück	88	103,0	140,9
Fahrräder	" "	310	110,6	135,9
Radioempfänger	" "	790	99,4	122,1
Fernsehapparate	" "	57	81,6	357,1
Schwefelsäure 100%	Tsd. to	573	102,0	114,8
Kalziniertes Soda 98 %	" "	379	100,5	158,6
Ätznatron 96 %	" "	151	99,9	110,6
Kunstdüngemittel 100 %	" "	381	93,6	112,4
Zement	" "	5041	98,8	112,1

Erzeugnis	Maßeinheit	Produktion 1958	% der Plan- erfüllung	Indox 1957 = 100
Ziegelsteine	Mill. Stck.	2875	88,7	99,5
Zellulose	Tsd. to	236	98,1	105,1
Papier	" "	432	98,3	107,3
Baumwollstoffe	Mill. Meter	598	99,2	105,0
Wollstoffe	" "	78	101,2	102,3
Seidenstoffe	" "	94,6	102,3	106,7
Lederschuhe	Mill. Paar	34,6	106,0	114,9
Zucker	Mill. to	1,1	103,3	103,4

- - - - -

Der Rückgang bei der Produktion von Traktoren und Dampflokomotiven erklärt sich durch eine Umstellung der Produktion. Bei der Auflösung der meisten Kolchosen ist die Beibehaltung der höheren Produktionsmenge von Traktoren nicht zweckmässig. Dampflokomotiven sollen den elektrischen und Dieseltriebenen Lokomotiven weichen.

Die Beschäftigung in der sozialistischen Industrie wuchs im Vergleich zum Vorjahre nur unbedeutend: Von 2.900 000 stieg sie auf 2.933 000. Die Steigerung der Produktion ist also hauptsächlich auf die größere Arbeitsproduktivität der Industriearbeiter zurückzuführen. Die Zahl der wegen Krankheit ausgefallenen Stunden - gerechnet pro Arbeiter - verminderte sich von 131 auf 111 Stunden 1958. Die Zahl der unentschuldig ausgefallenen Stunden verminderte sich ebenfalls von 30 auf 18 Stunden.

Landwirtschaft: Im Vergleich zum Vorjahre vergrössertesich die globale Produktion der Landwirtschaft um 3 %. Die Zunahme ist allerdings hauptsächlich auf die Steigerung der tierischen Produktion zurückzuführen. Die Hektarerträge bei den vier wichtigsten Getreidesorten betragen 14,8 dz., bei Kartoffeln 126 dz., bei Zuckerrüben 235 dz.

Die Gesamterträge der vier wichtigsten Getreidesorten betragen 13,5 Mill. to und waren damit unbedeutend größer als im Vorjahre. Die Kartoffelernte brachte ca. 34,8 Mill. to (etwas mehr als im Vorjahre) und die Zuckerrüben-ernte 8,4 Mill. to, d.h. um 10 % mehr als 1957. Große Schäden erlitt die Landwirtschaft durch das Hochwasser im Frühjahr und Sommer 1958. 210 000 ha bebauete Fläche standen unter Wasser. 1,3 Milliarden Zloty wurden durch die staatlichen Versicherungen den Geschädigten ausgezahlt.

Die finanziellen Einnahmen der Einzelbauern - erzielt durch den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte - wuchsen um ca. 7 Milliarden Zloty, d.h. um 7 % im Vergleich gegenüber 1957.

Die Hektarerträge, die durch die Staatsfarmen erzielt wurden, sind im Bericht nicht angegeben, weil sie unter dem Niveau der von den Einzelbauern erzielten Erträge lagen. Dagegen waren die Hektarerträge der 1869 existierenden Kolchos um 17,6 % höher (bei den vier Getreidesorten) als bei den Einzelbauern und betragen 17,4 dz. Die Hektarerträge bei Kartoffeln lagen nur um 3,9 % höher als bei den Einzelbauern.

Die Zahl der im Jahre 1958 elektrifizierten Dörfer betrug 1447 und war um 8,6 % höher als im Vorjahr.

Investierungen: Die gesamten Investierungsaufgaben betragen 67,5 Milliarden Zloty, d.h. sie waren um 8,1 % höher als 1957. Sie verteilten sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige wie folgt:

<u>Gesamtzahl</u>	67,5 Milliarden Zloty	100,0 %
Industrie	25,6	37,9
Landwirtschaft	9,0	13,3
Forstwirtschaft	0,2	0,3
Bauwesen	1,7	2,6
Transport- und Verbindungs- Wesen	6,2	9,1
Handel	2,0	3,0
Kommunale Wirtschaft	2,0	3,0
Wohnungsbau	16,1	23,8
Soziale und kulturelle Einrichtungen	3,9	5,8
andere	0,8	1,2

In den Städten wurden ca. 235.000 Wohnräume fertiggestellt. Davon wurden 188.000 unter staatlicher Regie gebaut. 7.400 durch Baugenossenschaften und 39.000 durch private Personen, die staatliche Kredithilfe in Anspruch nehmen. Die Zahl der von der Bevölkerung aus eigenen Mitteln gebauten Wohnräumen wird nicht angegeben.

Transport: Die Hochseeflotte bestand Ende 1958 aus 98 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 493.000 DWT.

Außenhandel: Der Wert des Exportes betrug 4.230 Mill. Devisenzloty (4 Devisenzloty = 1 Dollar) und übertraf damit zum ersten Male 1 Milliarde Dollar. Der Wert des Imports lag höher und machte 4.802 Mill. Devisenzloty aus. Der Wert des Exports liegt damit um 8,5 % höher als im Vorjahre. Dagegen wurde der Import auf 95,9 % des Vorjahres gedrosselt. Die Struktur des Außenhandels sah folgendermassen aus:

<u>Export:</u>	4230 Mill. Zloty	100,0%
Maschinen, Einrichtungen, Transportmittel	1140	26,9
Rohstoffe, Halbfabrikate	2147	50,8
Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte	730	17,3
Industrielle Gebrauchsartikel	213	5,0

<u>Import</u>	4802 Mill. Zl.	100,0 %
Maschinen, Einrichtungen, Transportmittel	1265	26,4
Rohstoffe, Halbfabrikate	2588	53,9
Lebensmittel und landwirtsch. Produkte	549	11,4
Industrielle Gebrauchsartikel	400	8,3

Polen exportierte u.a. Hochseeschiffe in einer Gesamttonnage von 139 000 DWT (31,7 % mehr als 1957), 16,2 Mill. to Steinkohle (21,8 % mehr), 211 Mill. to Koks (7,5 % mehr, 5,2 Mill. to Braunkohle (26,1 % mehr) 30.500 to Ätznatron (ca. 52 % mehr) und 146.000 to kalziniertes Soda (21,8 % mehr).

An wichtigen Rohstoffen wurden importiert: Erdöl 600.000 to, Ölprodukte 1 262.000 to, Eisenerz 5,7 Mill to. Baumwolle 103 500 to.

Beschäftigung und Löhne: Die Gesamtzahl der Beschäftigten in der sozialistischen Wirtschaft betrug 6 862.000, davon ca. 580.000 in der sozialistischen Landwirtschaft. Für einzelne Wirtschaftszweige gab es folgende Zahlen: Industrie 2.933.000, Bauwesen, 720.000, Transport, Post usw. 624.000. Die Zahl der in der Staatsverwaltung beschäftigten Personen verminderte sich im Vergleich zum Vorjahre um 40.000, d.h. um 14 %.

Die Zahl der registrierten Arbeitssuchenden betrug Ende 1958 31.100, darunter 21.800 Frauen. Unter den Arbeitssuchenden gab es 17.100 ungelernete Arbeiter. Die Zahl der offenstehenden Arbeitsstellen betrug zur gleichen Zeit 75.600, darunter für Frauen 13.500.

3,9 Milliarden Zloty verwandte man 1958 für die Erhöhungen der Löhne. Das durchschnittliche nominelle Bruttogehalt betrug 1957 = 1375 Zl., 1958 = 1462 Zl., d.h. um 6 % mehr. Die Reallöhne sind aber infolge der Preissteigerung nur um 3,5 % höher gewesen als im Vorjahre.

Schulwesen: Die Zahl der Kinder in den Grundschulen wuchs um 8 % und betrug 4240.000 91,3 % dieser Zahl besuchten Grundschulen mit dem Siebenjahrprogramm. Andere Grundschulen haben weniger Klassen. Lyzeen wurden von 199.000 Schülern besucht. In den Berufsschulen gab es 436.000 Schüler, das sind um 43.000 mehr als im Vorjahre. Die Zahl der Studenten der Hochschulen ist im Sinken. Sie betrug 108.500, also um 9.000 weniger als im Vorjahre. Vor ein paar Jahren betrug die Zahl der Studenten noch ca. 130.000.

3) Lohnkurve 1955 bis 1958

An 28. Februar brachte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" interessante Zahlen über die Lohnentwicklung der letzten vier Jahre. Bei den durchschnittlichen nominellen Monatslöhnen gab es folgende Entwicklung:

	<u>1955</u>	<u>1956</u>	<u>1957</u>	<u>1958</u>
Bruttolöhne	1077	1192	1375	1462
Nettolöhne	1008	1118	1279	1348
Index der Netto- Löhne	100	110,9	126,8	133,7
Index der Preise	100	99,4	105,0	107,1

Daraus ergab sich folgende Entwicklung der Reallöhne (in %):

	<u>1955</u>	<u>1956</u>	<u>1957</u>	<u>1958</u>
	100,0	111,6	120,8	124,8

III. Kulturelle und soziale Probleme

1) Was halten die Menschen vom Sparen?

Unter diesem Titel bringt "Zycie Warszawy" am 3. Februar folgende Besprechung einer Umfrage zum Problem: Sparen;

Im Büro zur Erforschung der öffentlichen Meinung beim Polnischen Rundfunk sind jetzt die Ergebnisse einer Umfrage zur Meinungsbildung über das Sparen ermittelt worden. Die Befragung von 2.600 Personen aus ganz Polen hatte den Zweck, zu ergründen, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zum Spargedanken schlechthin stehen, was sie vom Sparen zum gegenwärtigen Zeitpunkt halten und wie das real aussieht;

"Lohnt es sich überhaupt, systematisch zu sparen?" Diese Frage wurde von über 88 % der Angesprochenen bejaht. Der höchste Prozentsatz positiver Meinungen kam in der Gruppe der Handwerker, Kaufleute und Geistesschaffenden zusammen, die niedrigste unter den Landarbeitern und ungelernten Arbeitern.

"Lohnt es sich, jetzt systematisch zu sparen?"

Diese Frage haben etwas weniger, nämlich nur 71,2 % der Angesprochenen bejaht, wobei das Sparen zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem von Geistesschaffenden, Handwerkern, Kleinkaufleuten und Bauern als nützlich erachtet wird.

"Wieviel Personen sparen schon heute?"

Nur 38,8 % der an der Umfrage Beteiligten antworteten positiv. Auch hier sparen mehr Handwerker, Kleinkaufleute, Geistesschaffende und Bauern (42 bis 49 % der Befragten), und dagegen weniger Arbeiter und Personen mit freien Berufen (in der letztgenannten Gruppe gaben 36 % bejahende Antworten). Es sparen weniger Einwohner großer Städte, mehr indessen die Einwohner kleinerer Orte.

Die Tatsache, daß zwischen der Zahl der Personen, die glauben, daß es sich heute schon lohnt, regelmässig zu sparen, und der Zahl jener Personen, die tatsächlich regelmässig sparen, eine beträchtliche Spanne besteht, ist nach Meinung der Umfrageveranstalter u.a. auf das Nichtvorhandensein realer Sparmöglichkeiten und auf die fehlende Spargewohnheit zurückzuführen.

Im Fragebogen wollte man u.a. wissen, ob die Angesprochenen bei größeren Käufen, die die Möglichkeiten normaler monatlicher Ausgaben überschreiten, die betreffende Summe für den vorgesehenen Zweck einsparen oder ob sie Geld leihen, bzw. auf Raten kaufen. Den Antworten ist zu entnehmen, daß 42 % der Befragten vor derartigen Anschaffungen sparen, etwa 25 % leihen sich Geld und ca. 25%

kaufen auf Teilzahlung.

Die letzte Frage lautete:

"Wenn Sie die Möglichkeit hätten, Geldrücklagen zu machen, wofür würden Sie diese in erster Linie bestimmen?/"

(Die Befragten sollten je zwei Gegenstände bzw. Sparziele nennen).

Es zeigte sich, daß besonders oft genannt wurden: Kleidung, 19,2 %, Wohnung und Möbel 17,8 %. Sodann folgten elektrische Waschmaschinen, Motorräder, Fernsehgeräte und Rundfunkapparate. In über 15 % der Antworten wurden Auslandsreisen genannt.

Ein Anzug ist das vorrangige Bedürfnis der ungelernten Arbeiter und Landarbeiter. An Möbel denken in größerer Zahl Bauern als Vertreter der anderen Gruppen; Waschmaschinen und Fernsehgeräte wünschen sich die Vertreter freier Berufe, Geistesschaffende, Handwerker und kleine Kaufleute. Der Traum vom Motorrad ist für zwei Gruppen charakteristisch: Für qualifizierte Arbeiter und für Landarbeiter. Von Auslandsreisen träumen vornehmlich Geistesschaffende und Vertreter freier Berufe. Die Wohnungsbedürfnisse sind, wie den Umfrageergebnissen zu entnehmen ist, in allen sozialen Gruppen ähnlich (ausgenommen die Bauern).

Der Bedarf an verschiedenen Gegenständen ist bedingt durch die Bildung der befragten Personen, ihr Alter (ein Anzug und dann ein Motorrad ist ein oft geäußelter Wunsch von Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, eine Wohnung und Möbel ein bezeichnendes Bedürfnis der Personen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren), ihren Familienstand usw.

2) Rentenprobleme

Am 5. Februar veröffentlichte die Presse folgende Informationen über den Stand der Rentenzahlung in Polen:

Für Rentenzahlungen sind in diesem Jahr 1989 Mill. Zloty mehr veranschlagt worden als im Jahr 1957 und 6420 Mill. Zloty mehr als 1954. Insgesamt kommen in diesem Jahr 8939 Mill. Zl. Renten zur Auszahlung.

Schätzungen zufolge wird damit gerechnet, daß die Zahl der verschiedenen Rentenempfangsberechtigten gegen Ende 1959 1.122.000 Personen betragen wird.

Die durchschnittliche Monatsrente wird sich auf etwa 633 Zloty belaufen, wobei die Mindestalter- und Invalidenrente der ersten und zweiten Kategorie 500 Zloty, die Mindestfamilienrente 360 Zloty und der Rentensatz für begrenztarbeitsunfähige Invaliden 260 Zloty ausmachen wird.

Am 8. Februar berichtete "Trybuna Ludu" über die geplante Einführung der Rentenzahlung für Kolchosbauern. Es handelt sich hier um Renten für die wegen Alter oder aus anderen Gründen arbeitsunfähigen Mitglieder der Produktionsgenossenschaften und ihrer Familien. Zu diesem Zweck plant man die Bildung eines speziellen Fonds, der aus Beiträgen der Produktionsgenossenschaften und aus staatlichen Dotationen bestehen soll.

Allerdings sieht der Entwurf der diesbezüglichen Bestimmungen eine wesentliche Einschränkung der Berechtigten zum Rentenempfang vor. Nicht alle Kolchosbauern sollen in den Genuß der Renten kommen, sondern nur Mitgliedern solcher Produktionsgenossenschaften, die voll und ganz eine kollektive Wirtschaft eingeführt haben.

Vor dem Oktober 1956 gab es vier Typen von Produktionsgenossenschaften und nur eine von ihnen entsprach den Voraussetzungen, die durch den Rentenentwurf postuliert sind. Es waren Kolchosen, in denen die Einteilung des erzielten Einkommens nur nach der geleisteten Arbeit vollzogen wurde, und nicht etwa nach der Höhe der Bodenanteile, die von den einzelnen Mitgliedern eingebracht wurden.

Nach dem Oktober 1956 gab man den Kolchosbauern völlige Freiheit zur Ausarbeitung von Statuten der Produktionsgenossenschaften; die Typenzahl ist also praktisch unbeschränkt.

Die Statistiken informieren nicht darüber, wieviele Kolchosen es in Polen gibt, die völlig auf Grund des Kollektivprinzips wirtschaften (also auch keine Hausparzellen, keine privat gehaltenen Schweine, Hühner usw. haben. Man darf annehmen, daß ihre Zahl bescheiden ist. Die geplante Einführung der Alters- und Invalidenrenten soll den Bauern den Übergang zur vollkollektiven Wirtschaft schmackhafter machen.

3) Kulturgefälle

Als Folge der Teilungen Polens musste der polnische Staat nach dem I. Weltkrieg mit einem den Aufbau eigener Staatlichkeit erschwerenden Faktor rechnen: Der nicht gleichmässigen Entwicklung verschiedener Provinzen Polens in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Von allen an der Teilung beteiligten Mächten hat natürlich Rußland das schlimmste Erbe hinterlassen. Zwischen den beiden Weltkriegen hat man in Polen oft über "Polen A" und "Polen B" gesprochen. Bei dem letzteren hat man die östlichen Provinzen des Landes gemeint, die in vieler Hinsicht unterentwickelt, vernachlässigt und primitiv waren.

Nach der Machtergreifung durch die Kommunisten gehörte es in BIERWAs Zeiten zum guten Ton, davon zu sprechen, daß es jetzt kein Polen A und B gibt, weil man erstens einen Teil der zu Polen B gerechneten Territorien unfreiwillig an Rußland abtreten musste und zweitens dafür sorgte, daß das wirtschaftliche und kulturelle Gefälle beseitigt wird.

Die Überwindung dieses Gefälles gehörte aber zu den Legenden aus der stalinistischen Zeit. Das gibt heute auch die parteiamtliche "Trybuna Ludu" in ihrer kulturellen Beilage vom 15. Februar zu. Wenn man das kulturelle und zivili-satorische Niveau Polens als Maßstab nimmt, so unterscheidet man nach Ansicht des Blattes zwei Gebiete: Das eine besteht aus den Wojewodschaften Bialystok, Lublin, Kielce, Rzeszow, Krakau und Warschau (Die Hauptstadt selbst nicht gerechnet) - und das ist Polen B. Das andere aus den übrigen Wojewodschaften.

"Polen B" umfasst 10,5 Millionen der Bevölkerung (also mehr als ein Drittel) und besitzt den grössten Anteil der Landbevölkerung (63-78%) Die Industrialisierung ist dort noch nicht so weit fortgeschritten, die dominierende Rolle des Dorfes zu beseitigen. Die soziale Struktur dieses Gebietes ändert sich nur sehr langsam, verglichen mit den stark industrialisierten Gebieten.

In dem Artikel werden ein paar Zahlen angegeben, die die Unterschiede in der kulturellen Entwicklung illustrieren sollen: So besuchen z.B. in den einzelnen Wojewodschaften soundsoviele Personen pro Tausend die Museen: Kielce - 64, Lublin - 81, Rzeszow - 95; dagegen Kattowitz - 221.

In "Polen B" gehen pro Tausend 260 Personen ins Theater, in Polen A - 600. In Polen B kauft jeder durchschnittlich 26 Exemplare der Zeitung jährlich, in Polen A - 53.

Es mutet paradox an, meint das Blatt, daß manche dieser Gebiete die Wiege der polnischen Kultur waren (Wojewodschaften Krakau und Kielce).

Nicht die heutigen Zeiten sind an dieser Entwicklung schuld, die mehr als hundert Jahre zurück liegt. Langsam werden alte Versäumnisse gutgemacht, aber viel zu langsam - so folgert die Zeitung.

B. Polen und das Ausland

1) Polnisches Parteiorgan nach dem XXI. Parteitag in Moskau

Am 8. Februar schreibt "Trybuna Ludu" zur Beendigung des XXI. Parteitages in Moskau:

"Man kann das kurz so umreißen: Der Sozialismus beginnt jetzt riesengroße Dividende abzuwerfen. Die Opfer der ersten Fünfjahrpläne, als man Stahlwerke baute und das Brot nicht da war, haben sich gelohnt. Die Opfer sind jetzt nicht mehr notwendig. Die Schwerindustrie, deren Aufbau damals einen bedeutenden Teil des Nationaleinkommens verschlang, erlaubte, in der SU eine so große industrielle Basis zu schaffen, daß ihre weitere Entwicklung trotz Beibehaltung der unentbehrlichen Priorität für Investitionsgüter die Hebung des Lebensstandards nicht hemmt, sondern seine rasche und gleichmässige Zunahme ermöglicht. Auf dieser Höhe der Entwicklung der Produktionskräfte, der Wissenschaft und Technik, der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung haben sich viele alte Formen als überholt erwiesen, viele alte Rahmen als zu eng.

Politisch gesehen beruhte der Sinn dieser Veränderungen auf der Dezentralisierung, auf der Übertragung zahlreicher Dispositionszentren in die Republiken und Provinzen, dem Leben und der Produktion näher gebracht. Die Festigung der Rechtsstaatlichkeit bahnte der sozialistischen Demokratie den Weg.

Ein Hindernis bei der Realisierung der Reformen waren die dem Marxismus-Leninismus widersprechenden Konzeptionen der Revisionisten und Dogmatiker. Die Beziehungen, zwischen den sozialistischen Staaten und Parteien müssen sich auf die Gemeinsamkeit der historischen Ziele und den Internationalismus stützen, gleichzeitig aber auf dem Prinzip der Gleichheit und Selbständigkeit bei der Bestimmung der politischen Linie, die den konkreten nationalen Gegebenheiten und Traditionen des betreffenden Landes entsprechen, beruhen.

Die theoretischen Formulierungen des XXI. Parteitages bereichern und entwickeln nicht nur schöpferisch den Marxismus-Leninismus, sondern besitzen auch einen praktischen Wert für den sozialistischen Aufbau in allen Ländern, also auch bei uns."

2) Perspektiven des Handels zwischen Polen und der Bundesrepublik

Über die verschlechterten Perspektiven des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern schreibt "Zycie Warszawy" am 18. Februar:

"In Warschau sind die Besprechungen zwischen Polen und der Deutschen Bundesrepublik über das Handelsabkommen für 1959 beendet worden. Es lohnt sich, einmal zu überlegen, welche Aussichten sich für den Warenaustausch zwischen beiden Ländern im Licht der erfolgten Verhandlungen darbieten. Seit 1956 zeigten die Handelsumsätze zwischen Polen und der Bundesrepublik eine ständig steigende Tendenz und erreichten 1958 die Höhe von rund 150 Mill. Dollar (Export und Import zusammen). Dieses Wachstum beruhte vor allem einmal auf erhöhten Lieferungen polnischer Kohle sowie Agrarprodukten und Nahrungsmitteln und zum anderen auf zunehmenden Maschinen und Walzgutkäufen in der Bundesrepublik. Unter diesen Umständen bedeutet der von der Bundesrepublik am 15. Februar d.J. eingeführte Kohle-Einfuhrzoll von 20,-- DM je Tonne zweifellos ein wesentliches Hindernis für den weiteren Ausbau des Warenaustausches.

Die Lage sieht momentan so aus, daß das Polen für 1959 eingeräumte zollfreie Kontingente von 303.000 to bereits erschöpft ist, d.h. daß diese Lieferungen bereits erfolgt sind. Diese machen jedoch nur ein Viertel des Lieferungsvolumens von 1958 aus, als das Exportkontingent polnischer Kohle in die Bundesrepublik über 1,2 Mill. to betrug.

Ein solcher Zustand ist gewiß anomal. Der Kohleexport belief sich auf etwa 20 bis 25 % des gesamten polnischen Ausfuhrvolumens in die Bundesrepublik. Und wenn auch nicht die Möglichkeit besteht, den Kohleexport zu erweitern, kann man sich kaum vorstellen, daß die entstandene Lücke mit anderen Waren gänzlich geschlossen werden könnte. Zumal sich der Schweineexport auf denselben Stand bewegen bzw. nur unbedeutend ansteiger dürfte, und die Fleischkonservenausfuhr beträchtlich absinken wird.

Offenkundig ist ausserdem, daß eine Einschränkung des polnischen Exports in die Bundesrepublik seinerseits eine Verringerung des polnischen Imports nach sich ziehen muß. Polen hat jetzt schon ein Negativsaldo im Handelsverkehr mit der Bundesrepublik in Höhe von 40 Mill. Dollar. Das ist u.a. das Resultat der beträchtlichen Maschinenkäufe in den Vorjahren, sowie die Tatsache, daß sich unsere Position im Warenaustausch mit der Bundesrepublik infolge des Kohlepreissturzes 1958 erheblich verschlechtert hat. Obwohl also Polen an einem Bezug von Maschinen und Walzerzeugnissen aus

der Bundesrepublik interessiert ist, wird es sich in Anbetracht der neuen Gegebenheiten höchstwahrscheinlich auf Käufe in anderen Ländern umstellen müssen. Das wird wohl unvermeidlich sein, zumal wenn es sich um den Ankauf kompletter Industrieanlagen handelt. Somit dürfte, falls kein anderer Ausweg gefunden wird, damit zu rechnen sein, daß die bisherige Wachstumstendenz im Handelsaustausch zwischen Polen und der Bundesrepublik in diesem Jahr eine Unterbrechung erfahren wird.